

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

44 (13.2.1900) I. Beilage

Die Flottengesetz-Novelle vor dem Reichstag.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung vom 10. Februar.

Das Haus ist schwach besetzt. 1 Uhr. Am Bundesratsbureau: Graf Posadowsky, Graf Salow, Tzipik, Dr. v. Zbielmann u. A. Die erste Beratung der Flottenvorlage wird fortgesetzt. Abg. Graf von Schwerin-Löwis (konst., schwer verständlich): Das Schicksal der Vorlage scheint nach den Ergebnissen der vorläufigen Debatte entschieden zu sein. Die Ausichten für die Kommission sind auch nicht allzu freundlich. Ich beschränke mich deshalb darauf, einige Bemerkungen über die Haltung meiner Freunde, die vielfach unverständlich sind, zu machen. Es scheint mir über die Notwendigkeit der Vermehrung der Flotte an sich Einstimmigkeit bei fast allen Parteien zu herrschen. Aber wir befinden uns bei der Lage der Landwirtschaft keineswegs in einer Einmütigkeit. Wir können der Industrie gewiß alles Gute, aber ein Vergleich der Lage der Landwirtschaft mit der der Industrie muß bei uns doch ein Gefühl der Bitterkeit erregen. Die Begründung der Vorlage liegt das Schwergewicht auf die wirtschaftlichen Interessen und zu wenig Gewicht auf die nationalen Interessen. Ich kann mich der Begründung der Vorlage, daß unsere Exportindustrie des Schutzes der Flotte bedarf, nicht zustimmen. Ich beschränke mich im Gegenteil in vielen Punkten in Abweichung mit dem Abgeordneten Richter. Ich halte eine vorübergehende Blockade unserer Häfen keineswegs für ausgeschlossen, aber ich meine, daß es von keinem Staate länger Zeit wird durchgeföhrt werden können, denn die Ausfuhren dafür würden in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stehen. In erster Linie ist gewiß der Seehandel daran interessiert, aber auch die Herren von der Flotte werden doch nicht sagen können, daß auch die Arbeiter hervorragend an der Vorlage interessiert sind. Für uns kommt es hauptsächlich darauf an, daß es hier um Forderungen des nationalen Selbstgefühls und der Aufrechterhaltung der Machtstellung Deutschlands handelt. Auch in anderen europäischen Konflikten kommt unsere nationale Ehre in Frage und deshalb dürfen wir der Regierung die notwendigen Hilfsmittel nicht verweigern, denn das bedeutet ein Aufgeben unserer Weltmachtstellung. Der Staatssekretär ist wegen seiner Ausführungen von 1898 schon angegriffen worden. Was nicht aus seiner Erklärung von 1898, wenn wir durch die Ereignisse der letzten zwei Jahre selbst zu der Überzeugung gekommen sind, daß eine Flottenvermehrung nötig ist. Hat doch selbst Herr Richter gestanden, daß er nicht prinzipiell gegen die Flottenvermehrung ist. Allerdings kann ich Herrn Richter nicht darin Recht geben, daß es sich bei den neuen Handelsverträgen besonders um eine Herabsetzung der Zölle handelt kann.

Abg. Webel (Soz.): Graf Arnim sagte gestern, die Flottenvermehrung der Flotte, die heute steht, ist ab. Das ist richtig und wird immer so sein. Derartige Vorlagen muß die Rechte bewahren, was sie noch so große Bedenken haben. Wir leben die Vorlage ab, weil sie von einer Regierung gefordert wird, zu der wir kein Vertrauen haben, weil sie ein System führt, das wir bekämpfen, weil die Kosten, die sie verursacht, in besserer Weise verwendet werden können, und endlich, weil die dafür erforderlichen Mittel von den ärmeren und bedürftigsten ausgeht werden sollen. Das versteht sich, wie Graf Schwerin aus der Rede des Abgeordneten Richter, eine feindselige Haltung gegen die Flottenvermehrung herauszubringen kann, er hat doch deutlich gesagt, daß das Centrum mit sich handeln läßt, und es ist klar, daß es schließlich die Vorlage in etwas veränderter Form bewilligen wird, ähnlich wie bei der letzten Marinestellung. Nach dem, was in den letzten Jahren für die Flotte geschehen ist, hätte man wohl annehmen können, daß das Centrum sich jetzt ablenkend verhält. Ich erinnere nur an die Worte der Entschuldig, die Herr Richter ausgesprochen hat, als ich vor zwei Jahren andeutete, daß eine neue Flottenvermehrung in Sicht ist und daß das Centrum sie bewilligen würde. Die Vorlage ist in weiten Kreisen heftig abgelehnt worden, sie steht im Widerspruch zu der feierlichen Erklärung des Staatssekretärs. Da wäre wohl ein klares „Nein“ seitens des Centrums am Platze gewesen; es hätte eine Abstimmungslösung herbeiföhren müssen, damit das Volk seine Meinung sagen könnte. Während das Volk für die Flotte sein, so hätte die Regierung nicht, andersfalls müßte sie ihren Plan aufgeben und vernünftiger Weise abtreten. So müßte es sein, wenn wir vernünftige Verhältnisse in Deutschland hätten. Mit dieser Vorlage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, es werden und es müssen weitere Forderungen kommen. Geht doch das Ziel darauf hinaus, eine Flotte zu schaffen, die fast genau ist, es mit der größten Flotte der Welt, mit der englischen, anzunehmen. Das muß deutlich ausgesprochen werden. Wir brauchen aber nur eine Flotte, um unsere Häfen zu schützen, und dazu reicht unsere Flotte vollkommen aus. Der Staatssekretär hat gestern den vielen Sünden, die er schon auf dem Gewissen hat, die neue Sünde hinzugefügt, daß er beschwört, seine früheren Worte abzuschwächen. Wir werden uns diese Interpretationskünste nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! links.) So, der Staatssekretär hat nicht nur seine damaligen Anschauungen abzuschwächen gesucht, er ist sogar weiter gegangen und hat gestern unsere Flotte als schwach bezeichnet, auch wenn die Forderungen bewilligt würden. In der ganzen Bewegung gab es nur einen Mann, der zielbewußt vom Anfang an auf das Ziel abzielte. In der Programmatik, die vor zehn Jahren in der Marine-Akademie zu Kiel gehalten ist und die damals wenig Beachtung gefunden hat, heißt es bereits, wir brauchen eine Flotte, die auch den größten Feind auf den entfernlichsten Meeren aufsuchen kann. Nach diesem Programm ist es klar, worauf man hinaus will. Haben die verschiedenen Staatssekretäre dies Programm gekannt? Man sollte sich vornehmen, und wenn denn so ist, so kann man nur sagen, daß seit zehn Jahren der Reichstag bewußt hinter sich nicht geht. (Sehr richtig! links.) Auf diese Vorlage muß notwendigerweise eine neue folgen. Wäher war man allgemein der Ansicht, Deutschland müsse jederzeit bereit sein, mit Frankreich und Rußland zu kämpfen. Man geht daran, ungeheure Mittel für Flotte und Flotte zu bewilligen, ohne sich zu überlegen, was denn werden sollte, wenn wir wirklich einmal ernsthaft von den beiden Mächten angegriffen würden. Graf Caprivi hat einmal erklärt, im schlimmsten Falle müßte der letzte Mann unter Wasser sein. Wie kann da ein vernünftiger Mensch glauben, daß wir wirklich ungleich aus einem Seesieg führen können? (Sehr richtig! links.) Und ist es überhaupt möglich, daß Deutschland einmal als isolierte Macht einen Krieg gegen das isolierte England führen sollte, ohne daß sich das übrige Europa einmischt? Wäre das möglich, so würden unsere Feinde im Osten und Westen einfach unser Vater-

land wiederholt ironisch mit dem Kopfe. Große Heiterkeit.) Der Redner sieht das und spricht darauf mit sehr lauter Stimme weiter: England ist unser natürlicher Bundesgenosse. (Abg. Kropatschek ruft: Darum brauchen Sie doch nicht so zu tun!) Präsident Graf Ballesström: Ich möchte die Herren bitten, Privatgespräche zu vermeiden, den Redner ruhig anzuhören und ihn dann wieder in einer Rede zu widerlegen, soweit Sie das für nötig halten. (Beifall.) Abg. Webel (fortföhrend): Unsere Flotte wird doch hinter der englischen zurückbleiben, denn England wird unsere Klümpchen mit neuen Klümpchen seinerseits beantworten. Die Daily-News lassen darüber keinen Zweifel, es wiederholt sich bei der Flotte dasselbe Schauspiel, das sich auf dem europäischen Festland bei dem Landheer abgespielt hat und noch immer abspielt. Das Vertrauen findet zu Lande und zur See statt, die Völker können die Kosten nicht mehr tragen. Ich erinnere an die bekannte Proklamation von Dubois, der darauf hinweist, daß England im Besitz aller Kabel ist. Auch Deutschland müßte derartige Kabel legen und das würde neue Millionen kosten. Man sagt, die Flotte sei nötig, um den Handel zu schützen, aber gerade der deutsche Handel steht in freundschaftlicher Beziehung zum englischen. Eine Gefährdung des Handels mit England wäre ein großer nationaler Verlust, ein Verlust, von dem zahlreiche Industrien aufs schwerste getroffen würden. Wenn England und seine Kolonien zum Schutz übergeben würde, so wäre das ein Verlust für uns, der schlimmer wäre als ein Krieg. Wir haben alle Veranlassung, es nicht darauf ankommen zu lassen. Die Flottenvermehrung beruht sich auf Neigungen englischer Völker, aber dort herrscht Freiheit, es gibt auch dort Gewissensfragen. Was würde man wohl in England sagen, wenn jemand versuchen würde, die Rede des Abg. v. Liebermann bei der Samoa-Interpretation als Meinung Deutschlands zu bezeichnen. Alle Welt würde darüber lachen, denn Jeder kennt die Bedeutungsfähigkeit dieses Herrn. (Heiterkeit.) Die Freunde der Vorlage berufen sich auf den spanisch-amerikanischen Krieg, aber es ist doch ganz natürlich, daß die Spanier unterlegen sind, denn sie waren eine im Verhältnis beschränkte Macht. Der Krieg hat weiter gezeigt, daß die amerikanische Flotte gar nichts gegen Landbesetzungen ausrichten konnte. Er hat auch gezeigt, daß, wenn es dem Feinde gelingt, einen der großen Zirkel um die Welt zu durchbrechen, so ist das ein großer Schaden, denn das Schiff blüht sich, wie das Rind in der Wadewanne, wenn der Dynamit eines solchen Schiffes wird immer komplizierter und leichter verfügbar. Es gibt aber Leute, die ihre Marinekapitel haben müssen, die sich das menschliche Leben gar nicht anders vorstellen können, als mit solchen militärischen Schaulustspielen, längeren Kavallerieaufmärschen, die in Wahrheit zu einem großen Mädelereid führen würden. (Große Heiterkeit.) Wenn jemals das Wort des Herrn von Kautler von der Hydra der sozialen Revolution, die im Hintergrunde lauert, wahr wird, dann ist es an dem Tage, wo die Völker sich gegenseitig zerstören. Die Flotteninteressen mühen die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die Engländer agitatorisch aus. Unzulässig war es, wenn englischen Standpunkt aus, ein so stummer Streit, daß die Ansicht, die Abg. Hilpert hier ausgesprochen hat, die Sache sei von deutscher Seite angezettelt worden, im Volke große Wahrheitsliebe hat. Als die Nachricht von der Beschlagnahme bekannt wurde, da soll, wie die „Daily Chronicle“ schrieb, eine bodenständige Verurteilung in Deutschland erfolgt haben. „Ach, das ist ja schon, das bekommt meine Flotte bewilligt.“ (Heiterkeit.) Wenn es nicht wahr ist, dann ist es jedenfalls vorzüglich erfunden. (Ermene Heiterkeit.) Es wird gesagt, es habe Leute gegeben, die schon den ersten Flottenplan für ungenügend hielten. Das ist ja möglich, Herr von Liebermann hält ja auch diesen Plan noch für ungenügend. Aber durch solche Gründe darf sich der Reichstag nicht beeinflussen lassen. Das ist den Kreisen der National-Liberalen man früher anders dachte, als Herr Posadowsky jetzt denkt, das beweist die Rede, die der Abg. v. Bennigsen am 24. März 1898 hier im Hause gehalten hat. Es heißt da, er glaube, daß mit dem damals vorliegenden Flottenplan ein gewisser Maßstab erreicht werden könne. Wie kommt es, daß Herr Posadowsky heute ganz anders spricht? Bei den National-Liberalen ist über Alles möglich. (Heiterkeit.) Wenige Tage nach dieser Rede, am 29. März, heißt es in einem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Telegramm an den Bürgermeister von Bremen über die Wirkung des eben angenommenen Gesetzes: „Wie das deutsche Meer und den Frieden zu Lande erhalten hat, so wird die deutsche Flotte und den Frieden zur See und damit die Entwicklung unserer Schiffahrt sichern.“ Auch hier also ist erklärt, daß die Flottenvermehrung, wie sie damals bewilligt war, vollkommen ausreichen würde. Wir sollen nach Annahme der neuen Vorlage handlungsfähiger werden! Im Gegensatz, in einem europäischen Kriege muß England nicht unsere schüchtern Augen, sondern seiner eigenen Interessen wegen, so wie so auf unserer Seite stehen. Die ganze Vorlage geht von dem Gedanken aus, der deutsche Handel bedürfe eines größeren Schutzes. Wenn das richtig wäre, so hätte doch der deutsche Handel in erster Linie eine Verhäufung der Flotte fordern müssen. Nun nenne mir Sennard einen Fall, wo solche Forderungen erhoben ist! Nein, der deutsche Handel hat gar nicht darauf bedacht, die Agitation ist von oben angegangen. In unseren Handelsverträgen, wo man den engen Standpunkt der Alldeutschen nicht kennt, sondern international gefasst ist, da sagt man: Wenn Ihr unseren Handel schützen wollt, dann bleibt uns mit Eurer Flotte vom Leibe! (Sehr wahr! links.) Wenn die Ansicht der Alldeutschen richtig wäre, so müßte bei den Staaten, die die größte Flotte haben, der Handel am blühendsten sein, aber gerade das Gegenteil ist der Fall, der deutsche Handel hat Fortschritte gemacht, der französische und englische ist zurückgegangen, ebensolche der englische Kolonialhandel erheblich vergrößert ist. Das ergibt sich aus den Zahlen der offiziellen Denkschrift. Ich habe überhaupt das Gefühl: Wenn etwas gegen die Vorlage spricht, so ist es die offizielle Denkschrift. (Sehr richtig! links.) Es macht einen eigenartigen Eindruck, wenn unmittelbar nach der Haager Konferenz von sehr hoher Stelle erklärt ist, besser als alle Friedenskonferenzen sei eine große Seeschlacht. Wir Sozialdemokraten haben und von solchen Friedenskonferenzen fern gehalten, aber die Mitglieder der bürgerlichen Parteien gehen hin und amüsieren sich dort; hier aber wagen sie es nicht, gegen die Flotte aufzutreten. Man ergötzt sich an schönen Reden und amüsiert sich, und dann kommt man hierher und bewilligt Flotten und Seeresforderungen. Der gewaltige Unterschied, der uns von ihnen trennt, ist der, daß wir ehrlich auf die Verbrüderung aller Völker hinwirken, während Ihre Redepläne das Wort von der christlichen Liebe nur im Munde führen. Sie vergessen nun ein: Der Christenmuth ist kein Gott der Deutschen sein Gott der Engländer oder der Franzosen. Es wird auch gesagt: Deutschland könne seine Bevölkerung nicht mehr ernähren. Ich bin aber der Meinung, es braucht nicht angepöndelt zu werden, und wenn man answandert, so geht man nicht in unglückliche Kolonien, die durch die Flotte gefährdet werden können. (Sehr wahr! links.)

Si, Herr Graf, wer hat Ihnen denn diese Weltlichkeit aufgebunden. (Große Heiterkeit.) 3 Millionen sind drangehen, die 20 anderen Millionen haben Sie zugegeben. (Heiterkeit.) Unsere deutschen Brüder in Amerika, der Schweiz und anderswo leben ganz ungeführt, sie brauchen unseren Schutz garnicht. Die sogenannte Führungsbefehle des Staatssekretärs hat auf die Werften ungünstig eingewirkt und die Ueberproduktion forciert. Man sagt, die Arbeiter hätten von der Vorlage großen Vorteil. Gewiß, wo Arbeit entsteht, sind Arbeitskräfte nötig. Aber so einfach liegt doch die Sache nicht. Es kommt doch nicht bloß darauf an, daß man Arbeit schafft, sondern welche Arbeit man schafft und für welche Zwecke, ob für kulturfeindliche oder kulturfördernde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe könnten Sie uns doch bei jeder Milliarde entgegenhalten. Die logische Folge wäre: Es müßte recht viel Gewehre, Uniformen, Kriegsschiffe, damit die Arbeiter Arbeit haben. Sollten Sie in Verlegenheit sein, was für Arbeit Sie schaffen sollen, wenn die Seeres- und Marineforderungen abgelehnt werden, so weise ich auf neue Schulbauten hin. Wir brauchen im Laufe der nächsten 10 Jahre 15-20000 Schulhäuser in Deutschland, wir brauchen Krankenhäuser, wir brauchen Heimstätten für Gesehnde, wir brauchen Arbeiterhäuser zur Hebung der Landwirtschaft. Arbeit giebt es also in Hülle und Fülle, und darin ist noch gar nichts Sozialistisches enthalten. (Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten treten stets für Kulturzwecke ein; wenn Sie dabei mit uns arbeiten wollen, so werden Sie an uns die energischsten Bundesgenossen haben. Schon heute wissen die großen Ausgaben für die Flotte kulturhemmend auf die Einzelstaaten ein: Sachsen will 20 Millionen von seinem Budget streichen, weil sonst neue Steuern nötig wären, in Baden ist die Erhöhung des Wohnungszulassungsschusses für Beamte mit Rücksicht auf die Flottenvermehrung abgelehnt. Wir kennen unsere Wappenheime nur zu gut, wir wissen, daß die Kosten der Flotte wieder auf die Schultern der arbeitenden Klasse abgewälzt werden. Bei dem Diesseits des Unternehmers könnte man zum Mindesten doch eine aufständische, eine menschenwürdige Behandlung der Arbeiter fordern, der Arbeitgeber verlangen. Wie diese reichen Herren ihre Leute behandeln, dafür nur ein Beispiel: Eine der größten Waffenfabriken, Löwe u. Co., entläßt einen 53jährigen Buchhalter, der 27 Jahre bei ihr thätig war, aus keinem anderen Grunde, als weil er nicht mehr leistungsfähig genug war. Der Mann erkrankte sich und seine Familie fällt der Unterernährung zur Last. Und für solche Unternehmern sollen sich die deutschen Arbeiter begeistern. Der Abg. Posadowsky hat aus Überhebungen sozialistischer Blätter auf Spaltungen in unserer Partei hingewiesen. Natürlich, der Führer einer Partei, die sich seit Jahrzehnten nur durch Parteihaltungen erhält, wünscht nur zu gern, daß unsere Partei sich spaltet. Herr Posadowsky hat die „Sozialistischen Monatshefte“ erwähnt, eine Zeitschrift, die ein freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen ist, die sich auf dem Boden des Sozialismus bewegen. Aber das Blatt ist kein Parteiblatt, es wird auch nicht in der Liste unserer Parteiblätter aufgeführt. Herr Rother, den Verfasser des Artikels, kennt kein Mensch in unserer Fraktion, aber selbst dieser Kronzeuge des Herrn Posadowsky spricht sich gegen die Vorlage aus. Und wie steht es mit Schippel? Auch er hat sich stets ablehnend gegen Seeresforderungen verhalten und dies ausdrücklich auf dem letzten Parteitag bestätigt. Schippel hat auch mit uns neulich in einem der 19 Protokollverhandlungen gegen die Flottenvermehrung gesprochen und die Resolution dagegen verteidigt. Mühte Schippel sich so ausgedrückt, wie Herr Posadowsky meint, so müßte er ja der größte Heuchler sein. Meine Herren, der Geist, der heute herrscht, ist nicht der Geist, der zum Ausdruck kommt in der Worten „Nicht Hoch noch Reiche haben die stelle Höh“, wo Fürsten stehen“ etc., jenen Worten, die man jetzt aus den Schulbüchern streicht, nein, es ist der Geist des Chauvinismus, der Geist des Imperialismus, des absoluten Königtums, wie er im alten Rom geherrscht hat. Damals schrieb der jüngere Plinius: Man hielt es für Pflicht, dem Kaiser zu Gefallen zu sein und Alles zu thun, was er wollte, so zu leben, wie er lebte, es ihm angenehm zu machen und seine Gunst zu erwerben. Schmeichelei und Jagd nach Ehre waren die Haupttugenden der Zeit. In Rom also lebte die ganze Welt nach den Sitten eines Einzelnen. Nun, dreht nicht auch bei uns schon die ganze Welt die Schürhüte in die Höhe nach den Sitten eines Einzelnen. (Umrufe und Heiterkeit.) Leben wir nicht in Zeiten des Byzantinismus und Despotismus, wie damals? Einem solchen System stehen wir total feindselig gegenüber, unter solchen Umständen gehen wir niemals durch das kaiserliche Schwert einer Flottenvermehrung. Wir werden die Forderung ablehnen und auch nicht der Kommissionberatung zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär Tzipik: Der Vorredner hat zur Flottenfrage nichts wesentlich Neues gesagt (Lachen bei den Soz.), und so werden Sie auch nicht von mir erwarten können, daß ich selbst neue Gründe anführe. (Lachen und Zurufe bei den Soz.: Nein, nein!) Ich möchte nur auf einige Bemerkungen eingehen. Der Vorredner dachte sich so aus, als ob bei der Beratung des ersten Flottengesetzes von unserer Seite gewissermaßen eine Ländlung vorgelegen hätte. Er hat diese Behauptung allerdings nur bedingt ausgesprochen. Trotzdem muß ich gegen einen derartigen Gedanken entschieden Verwahrung einlegen. Die Begründung des ersten Flottengesetzes sagt ausdrücklich: „Da wir den Selbstbestand der Flotte nicht nach künftigen Bedürfnissen, sondern nach unseren heutigen See-Interessen bemessen, so müßte derselbe eigentlich schon jetzt vorhanden sein.“ Hier ist ausdrücklich ausgesprochen, daß wir bei dem ersten Flottengesetz mit den damaligen See-Interessen gerechnet haben. Wenn wir damals schon die Ansicht gehabt hätten, nach drei Jahren mit neuen Forderungen zu kommen, dann wäre es doch viel einfacher gewesen, wir hätten Ihnen nicht das Gesamtmaß vorgeschlagen, sondern ein Triennat. Dann wären wir jetzt vollkommen frei gewesen, neue Forderungen zu stellen. Herr Webel ist dann weiter auf die militärische Bedeutung zurückgekommen, die ich der Flotte, wie sie sich nach dem Gesetz von 1898 darstellt, beigelegt habe. In der Begründung des ersten Flottengesetzes ist ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich bei Schaffung dieser Flotte lediglich um eine Ausfall-Flotte gehandelt habe. Eine Ausfall-Flotte zieht sich im Kriege zurück, sie wagt nur gelegentlich einen Ausfall. Und um für einen solchen Ausfall überhaupt irgend welche Chancen zu haben, müßten wir damals unsere Flotte verhäufeln. Allerdings ist jetzt unsere Auffassung eine etwas andere. Wir haben die Gefahren, die uns bedrohen, vor 3 Jahren nicht so hoch geschätzt, wie wir es jetzt thun. Wir halten es jetzt für nötig, eine Flotte zu besitzen, welche die ganze Nordsee vom Feinde freihält. Eine Flotte, die hierzu im Stande ist, läßt sich nicht durch die jetzige Vorlage garantieren. Allerdings bleibt unsere Flotte auch so schwach an Zahl. Das entspricht vollständig dem Charakter unserer Flotte, welche den Charakter der Defensiv behält. Wir wollen aber, wie ich bereits früher ausgesprochen habe, diese Schwäche an Zahl nicht durch unsere Größe

Wird, glaube ich, der Zweck, den wir verfolgen, erreicht, nämlich die
Freibaltung unserer Nordsee von feindlichem Feind. Es handelt sich
darum, ein Ganzes zu schaffen; wir wollen nicht nur einzelne Schiffe
bauen, sondern eine zweite Flotte schaffen. Darum muß auch unser
Plan grundsätzlich genehmigt werden, und das kann nur durch Gesetz
geschehen. Wenn man ein Haus baut, kann man doch nicht das erste
Stockwerk bauen, bevor man nicht sicher ist, daß man auch das zweite
Stockwerk bauen und das Dach aufsetzen kann. Herr Bebel hat mir
dann vorgeworfen, daß ich mich für die Entwicklung unseres
Schiffbaues so sehr interessiere. Das thue ich allerdings und mit
ganzem Herzen. Ich glaube, daß unsere Werften nicht nur
im Stande sein müssen, die Schiffe zu bauen, die wir
durchschnittlich brauchen; nein, sie müssen mehr leisten
können, damit wir auch einmal in schnellerem Tempo mit
dem Bau der Schiffe vorgehen können. Außenblicklich steht
die Sache so, daß wir noch 30 Proz. unserer Schiffe im Auslande
bauen lassen müssen. Meines Erachtens müssen wir umgekehrt
darnach trachten, daß wir nicht nur unsere eigenen Schiffe
selbst bauen, sondern daß wir auch noch aus Auslande
Schiffe liefern können. Herr Bebel hat dann die Sache
so dargestellt, als ob der einzige Nutzen, den die Arbeiter von der
Verlage haben, darin bestünde, daß die Arbeiter durch den Bau der
Flotte selbst Beschäftigung und Lohn bekommen. Das ist aber nicht
das Wichtigste; das kann man ja so nebenbei ausführen. Die Haupt-
sache liegt darin, daß durch die Flotte unser gesamter
Export geschützt wird, daß unser Arbeiter in erster Linie
interessiert sind. Ich glaube nicht, daß alle Arbeiter den Standpunkt
des Abg. Bebel teilen. Ich glaube vielmehr, daß auch in der
Arbeiterklasse die Erkenntnis im Wachstum begriffen ist, daß
die Arbeiter ein wesentliches Interesse an dem Schicksal der
Weltwirtschaft und der Entwicklung der Flotte haben.
Doch es das größte Unglück für Deutschland wäre, wenn wir in
einem Krieg mit England verwickelt würden, ist nicht allein die
Anzahl der Schiffe, sondern diese Flotte wird von den ver-
bündeten Regierungen und dem ganzen deutschen Volke gestellt.
Was das aber mit der Verwertung der deutschen Flotte zu thun
hat und in welcher Weise es dagegen spricht, das vermag ich nicht
einzusehen. (Beifall.)

Abg. von Wangenheim (cont.): Ich habe zunächst eine
persönliche Bemerkung zu machen. Ein liebes Blatt, das
keineswegs wohlgerichtet ist, hat die Mitteilung gebracht, ein
kauterwählter Abgeordneter hätte sich verübt, in einer gewissen
Weise das Centrum zu veranlassen, gegen die Flottenverlage zu
agitieren. Dabei wurde mein Name und der Name des Abg.
Dr. Hahn genannt. Ich bin nun in der Lage, zu er-
klären, daß diese Nachricht vom ersten bis zum
letzten Buchstaben frei erfunden und erlogen ist. (Be-
wegung.) Ich überlasse es Ihrer Entscheidung ob Sie sich mehr
wundern wollen über die Gemeinheit der Geminnung, die Namen
von unabhängigen Leuten in den Schwanz zu ziehen, oder über die
Dummheit der Erzählung.

Nun zur Flotte! Von verschiedenen Seiten hat man sich
darüber gewundert, daß die Regierung uns jetzt schon
wieder eine Flottenverlage gebracht hat. Ich meine aber,
daß es die Pflicht der Regierung war, uns diese Verlage zu
machen, wenn sie von der Notwendigkeit derselben überzeugt war.
Was aber sehr wenig nach meinem Geschmack war, das ist
die Art und Weise, wie man im Lande Stimmung für die
Verlage gemacht hat. Im Volke ist ohnehin über die
Stimmung für die Flotte gütlicher geworden und wir können
uns nur darüber freuen, daß wieder ein großer nationaler
Tag durch das deutsche Volk gelebt hat. Ich meine aber,
daß dieser nationale Tag gelitten hat durch die Art und Weise der
Flottenagitator. Es ist ganz unabweisbar, daß die Flottenverlage
gerade für die Landwirtschaft die allergrößten Nachteile herbei-
führen wird. Aber dies wird uns doch nicht veranlassen, bei
einer so wichtigen nationalen Frage die materiellen Gesichts-
punkte in den Vordergrund zu stellen. (Beifall rechts.)
In der letzten Zeit sind wiederholt andere Länder gegen Deutsch-
lands Interessen und Deutschlands Ehre in einer Weise vor-
gegangen, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen. Der größte
Theil des deutschen Volkes hat den Wunsch, eine Flotte zu besitzen,
vor der jeder andere Staat Achtung hat. Ich erkläre also, daß
auch die deutsche Landwirtschaft bereit ist, Opfer zu bringen,
so weit es in ihren Kräften steht. (Beifall.) Es wird dann aber
auch die Aufgabe der Regierung sein, ihre Politik so einzurichten,
daß die Landwirtschaft auch die Opfer willig bringen kann. Ich
bedauere es, daß die kurze Rede des Herrn Hilpert hier neulich
eine Aufnahme gefunden hat, die sie nicht verdient hat. Es wird hier
so oft von dem Schutze des Mittelstandes und von dem Schutze
des kleinen Mannes gesprochen. Nun, Herr Hilpert gehört dem
Mittelstande an, er ist ein kleiner Mann, und wenn er seine Ge-
danken auch etwas angeht zum Ausdruck bringt, so ist es doch
kein Grund, darüber zu lachen. Wir können es nur
anerkennen, daß auch ein kleiner süddeutscher Bauer bereit
ist, Opfer zu bringen. Man hat uns vielfach den
Rath gegeben, eine do ut des - eine Schachertpolitik zu treiben. Aber
in nationalen Fragen treiben wir keine Schachertpolitik. Neben den
nationalen Gründen sprechen wir für die Verlage auch wirtschaftliche, auch
dies erkennen wir an. Auch wir Landwirthe wollen keineswegs, daß
unsere Exportindustrie zurückgeht. Die Regierung würde diese
Verlage aber viel wirksamer verteidigen können, wenn sie uns
auch zugleich ein wirtschaftliches Programm vorlegen würde, das
uns in den Stand setzt, mit England und Amerika zu konkurrieren.
Der Zukunft unserer deutschen Vaterlandes wird stets in der deutschen
Landwirtschaft liegen, Deutschlands wirtschaftliche Selbstständigkeit
muß stets anrecht erhalten werden. Unser Landbauer dürfen wir
nicht vernachlässigen, und wenn wir auch keine Flotte schaffen wollen,
die der englischen gleich ist, so muß sie doch so sein, daß sie Eng-
land Achtung einflößt. Herr Bebel lobte so die Freund-
schaft Englands. Nach all den Beweisen die wir
bisher von der englischen Freundschaft erfahren haben,
müssen wir uns aber versehen, damit uns nicht schließlich der liebe-
volle englische Nachbar die Kehle zuschnürt. Ich persönlich, und ich
glaube auch der größte Theil der deutschen Landwirtschaft ist bereit,
der Regierung die Mittel für die nächste Flottenveranschlagung zu be-
willigen. Als Bedingung schlägt man Anleihen vor. Aber viele
werden nur zu neuen kolossalen Kosten des Volkes beitragen.
Neue Steuern sind nicht zu vermeiden und zwar sehe ich nicht ein,
weßhalb die nicht von den den bezahlt werden sollen, die in erster
Linie den Vortheil von der Flotte haben. Zu all den Steuer-Ver-
schlüssen möchte ich noch den einen fügen, daß man die Steuern nach
dem laufenden Meter Länge bestreut. (Seitenlaut.) Der
Abg. Bebel hat heute wieder den Beweis erbracht,
daß die Sozialdemokratie nicht eine Partei der Arbeiterfürsorge,
sondern eine arbeitserstrebende Partei ist. (Lachen bei den
Sozialdemokraten.) In Romern sind die Sozialdemo-
kraten in zwei Wahlkreisen durchgefallen, weil die Arbeiter-
frauen ihren Männer sagten: „Ihr müßt doch für sorgen,
daß nicht ein Mann gewährt wird, der Euch die Arbeit wegnimmt,
weil er niemals Geld für die Flotte bewilligen will.“ (Hört! hört!)
Die Landwirtschaft werden Sie stets bereit finden, wenn es gilt,
in nationalen Fragen Opfer zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Tamm (Chr.): Den Worten, die der Abg. von
Wangenheim im Anfang seiner Rede gesprochen hat, stelle
ich folgende einfache Thatsache gegenüber. Ich habe in
der vorigen Woche mit dem Abg. Dr. Hahn im Hoyer
des Abgeordnetenhauses über die Arbeiterfrage gesprochen
und da hat mir Dr. Hahn gesagt: Wenn wir doch erst die
gräßliche Flotte weg hätten! Sehen Sie nur zu, daß Sie
möglichst viele Mitglieder Ihrer Fraktion gegen die Flotte
erregt. (Bewegung.) Ich habe mich für verpflichtet ge-
halten, diese Ansprache meiner Fraktion vertraulicher Weise
mitzutheilen, damit die Fraktion wußte, wie die Verhältnisse in
Bezug auf die Stimmung der Fraktionen liegen. Daß hierüber
vertrauliche Mittheilungen in die Presse gekommen sind, ist nicht
meine Schuld. Ich habe keinerlei Antheil daran. Ich kann nur

bedauern meine Verwunderung und meine Enttäuschung da-
über ausdrücken, daß Herr von Wangenheim, der
nicht Frage dieser Unterredung war, diese Worte hier gesprochen
hat. Ich appellire an das Haus und frage Sie: Wem glauben
Sie mehr, einem liebhabenden, erkrankten Mann, oder
dem Dr. Hahn, der bekannt ist wegen seiner Redlichkeit?
(Große Bewegung.)

Abg. Hausmann (Balingen, länd. Vp.): Wenn Herr Bebel
v. Wangenheim erklärt: „Wir werden für die Flotten-Veranschlagung
stimmen, aber wir bringen damit ein außerordentliches Opfer“, so
tönt aus diesen Worten die ganz bestimmte Erwartung
heraus, daß die Regierung zu Gegenleistungen bereit sein soll, und daß
der Reichstag bei geeigneter Gelegenheit präsentirt werden wird. (Sehr
richtig! links.) Im Uebrigen hat sich Herr von Wangenheim in
seinem Ausführungen bewegt, ganz wie das alle Redner gethan
haben, mit Ausnahme höchstens des Staatssekretärs Lippig,
der dem Abg. Richter den Vorwurf machte, er wolle das
Vaterland wehrlos halten. Es ist bisher parlamentarisch nicht
üblich gewesen, Gegnern Absichten zu unterstellen, zu denen sie sich
nicht bekennen, und am wenigsten so odiose Absichten. (Lebhaftes Zusim-
mung links.) Ich glaube, daß in der Geschichte noch von dem Abg. Richter die
Rede sein wird, wenn an den Staatssekretär Lippig niemand mehr
denkt. Herr Richter hat viele Minister kommen und gehen sehen,
und wir haben es häufig beobachtet, daß er sich in ganz besonders
behemmter Weise der Ungnade dieser Herren zu erwehren hatte, weil er in der
erfolgreichsten und hartnäckigsten Weise der Vertreter des konstitutionellen
Rechts in unserm Staate gewesen ist. (Lebhaftes Zustimmung links.)
In den Reden des Staatssekretärs ersticht er uns als das Wichtigste
der wiederholte Vorbehalt, daß durch die Verlage die Gefahr nur
vermindert, nicht beseitigt werde. (Sehr gut! links.) Das ist die
Politik der offenen Thür, oder vielmehr der offenen Hintertür.
(Sehr richtig! links.) Das ist eine neue Stufe auf der Leiter,
auf der man weiter steigen will. Später wird es heißen:
Wir haben ja als einzige Männer, die wir sind, (Große Seiten-
laut links) schon in jener Reichstags-Sitzung vom Februar 1900 erklärt:
Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, sondern nur vermindert und jetzt
ist die Konstitution bedroht, daß wir wieder eine Veroppelung des
Toppfels brauchen! (Lebhaftes Zustimmung links.) Wie die Gründe,
die wir heute hören, lassen sich ebensogut für weitere
Veroppelungen anführen. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Richter hat ge-
beten, den Staatssekretär nicht an seine Reden vor zwei Jahren zu er-
innern, weil ihm das unangenehm sein könnte. (Seitenlaut.) Ich muß
aber doch darauf hinweisen, daß es sich damals um ganz bestimmte
Erklärungen handelte, die schließlich zu einem Gesetz führten, das mit
den feierlichen Worten schließt: „Gegeben unter Unserer höchsten
Anhängen Unterthänigkeit Kaiserlichen Hofrath, etc. Wilhelm;
gegenwärtig Fürst Hohenzollern.“ Wenn ein derartiger feierlicher
Bund so plötzlich gelöst wird, dann darf man doch nicht so leicht
denartige entzündende Behauptungen gebrauchen, wie es leider auch
mein Freund Richter gethan hat. Daß eine solche Behauptung
glücklich für unsern Handel wäre, eine solche allgemeine Behauptung
muß uns hier doch nicht zu erschauern. Wenn die Regierung aber
uns die Gefahr einer solchen Veroppelung an die Wand malt, dann
versteht sie dabei, die zur Abwehr einer solchen Veroppelung
bereits vorhandenen Mittel anzugeben. Bei der Veranschlagung
der Veranschlagung der Torpedo-Flotte ließ es doch gerade,
daß dadurch eine Veroppelung verhindert werden würde. Der Abg.
Bassermann hat die von ihm angeführten Stellen in der „Kraus-
furter Zeitung“ falsch interpretirt. Ich kann mich mit ihnen verständig
identifizieren. Es heißt da: „Wir würden nie bestreiten, daß die Ver-
hältnisse der überseeischen Beziehungen aufzulösen sind. Darüber steht
es in Deutschland überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten.
Aber hier handelt es sich bekanntlich gar nicht darum.“
Unter am Schlusse heißt es dann: „Wir würden den deutschen
Handel, daß ihm keine künstlichen Beschränkungen bereitet werden, daß
er seine Selbstständigkeit bewahren möge, damit er nicht um
Spießhaß hirantrafflicher oder militärischer Gewalten herabstinkt.“
(Hört, hört! links.)

Durch die effizienten Verfassungsveränderungen solcher Kundgebungen
wie sie der Vereinigte Verband in Göttingen geleistet hat,
Männer und deutsche Frauen ergeben sich, wird nicht bestritten.
Das sind nichtswortwählige und Serpente, die sich die
Aufsicht, wie sie in Hamburg am 18. Oktober an
sie erging; sie sollen aufleben in Posen, wie die
„Krausfurter“ nicht einmal sagen lassen. Die Feuer sind alle auf
die Seite aufgedreht und es kommt noch das weitere Element
dazu, daß große Kreise der Bevölkerung eine starke und berechtigte
Antipathie gegen einen Theil der englischen Politik in sich
entwikkeln haben. Das ist es, was die Regierung für ihre neuen
Pläne auszunutzen sucht und auszunutzen hat. (Sehr richtig! links.)
Die Gründe der Abneigung gegen England sind ethisch und sittlich;
das Volk verachtet sich dagegen, daß es sich von anderen Völkern
leiten läßt. Fürst Bismarck schrieb einmal, er habe immer Sym-
pathie für England gehabt, aber England wolle es nicht erlauben.
Das gilt auch heute noch. Die Politik des englischen
Weltreichthums, die dilettantenhafte Politik in England
bilden wir nicht, aber wir müssen uns hüten, alle
Engländer mit ihrem leitenden Minister zu identifizieren. Der
Bevölkerung entspricht die ganze gestellte Welt als ein Verbunden,
und die Hochzeit, die England daraus erwachsen, werden größer
sein als seine Vortheile. Wir leben aber aus dem Krieg noch
etwas Anderes, wir leben daraus, daß auch ein Volk, das nicht
in Koffern gedrückt ist, heldenmüthig kämpfen kann. Wer
einem solchen Chauvinismus, wie er heute besteht, entgegentritt,
ist ein besserer Patriot, als der, der ihn billigt. Gegen die Zeit
von vor zwei Jahren hat sich nichts geändert; auch die allgemeine
Verlage begründet die Veroppelung der Flotte nicht. Nach kon-
stitutionelle Gründe sprechen dagegen. Daß die Reichs-Marine-
Verwaltung sich ein Ziel setzt, wird ihr Niemand abel nehmen,
aber hier will sie nicht nur, daß man ein einzelnes Haus
baut, sondern daß man eine ganze Stadt baut und alle Bedürfnisse
befriedigt. Herr Bassermann hat, die Verlage zuge von Vertrauen
gegen den Reichstag. Rein, sie zeigt im Geistes der Ver-
trauen, sie ist eine Folge einer hochgezügten Mißbilligung
der Volkvertretung. Wir sollen uns auf 16 Jahre hinaus
binden, so wir sollen sogar die dritte Generation binden, die
nach uns im Reichstag sitzt. Herr Richter sagte, er fühle sich nicht
gebunden. Nun, es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten lasten.
(Sehr gut! links.) Das Gesetz kann man in einem Parliaments-
gesehen. (Sehr richtig! links.) In dem Gesetz heißt es,
der Reichstag ist nicht verpflichtet, mehr zu geben, durch
die Revolle soll sich aber der Reichstag verpflichten, mehr
zu bewilligen. Herr Bassermann hat auf den „starken Mann“ hin-
gewiesen. Ich muß sagen, der starke Mann, der kommen soll, findet
schon halb getane Arbeit, wenn die schwachen Männer von heute
sich ihre konstitutionellen Rechte so unterbinden lassen. (Beifall links.)
Der Reichstag soll wieder gebunden werden, die Regierung aber ist nicht
gebunden, sie wird kommen und sagen: Wir müssen jetzt mehr haben,
nehmt's uns nicht abel. Haben wir Anlaß, der Regierung solch
Vertrauen zu schenken, wie sie verlangt? Wir haben nicht das
Vertrauen zur Regierung. Es ist ein Rückschritt, wenn wir von dem
konstitutionellen Recht noch mehr vergeben. Wir wollen und können
das nicht verantworten. Für kulturwichtige Zwecke haben wir nicht
übrig. Ich darf hier wohl mit Erlaubniß des Herrn
Beisitzeren einige Worte verlieren, die aus allerhöchstem
Munde gekommen sind. Sie haben zwar nicht im
Reichsversammlung gestanden, sie haben das aber auch nicht nötig ge-
habt, weil sie von einem auswärtigen Kaiser, von dem Kaiser
Alexander von Rußland kommen. (Seitenlaut.) Redner beginnt
daran, das bekannte Friedensmanifest des Zaren zu verlesen. Als
er etwa die Hälfte verlesen hat, bemerkt

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte den Herrn Redner, die
Verlesung nicht bis ins Unendliche anzudehnen. Die Herren setzen
immer voraus, daß der Präsident die Erlaubniß erteilt, etwas
vorzulesen, er wird die Herren auch niemals daran hindern, kurze

Sätze und Citate zu verlesen, aber ganze Reden vorzulesen, geht
dann doch nicht an.

Abg. Hausmann (fortfahrend): Diese Reden sind nun
kein Wort weniger wertvoll geblieben, weil sie aus fallerlichem
Munde kommen und das wiedererlangen, was alle Kultur- und
Bewegten will, daß die anderen Länder uns mit Klüften sofort
nachsehen! Nach alledem glaube ich, daß sich diejenigen verdient
machen, die nicht in die Politik der gesicherten Klüften einfließen
wollen, jene Politik, die heute etwas für nötig erklärt, was vor
drei Monaten noch nicht als notwendig anerkannt wurde. (Beifall
links.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Hofadomski: Die Gegner der
Verlage sagen, sie könnten keinen militärischen Grund für die Ver-
schärfung einsehen. Der ganze Erdball aber hat zu unserm
militärischen Verständnis das größte Vertrauen. Wir gelten als
Musterlehrer für die ganze Welt auf diesem Gebiet, und ich glaube,
eine glorreiche Kriegsgeschichte hat bewiesen, daß die deutsche Weh-
rplanung auf militärischem Gebiet die höchste Anerkennung verdient.
(Lebhaftes Zustimmung rechts und bei den Rat.-Abg.)

Ich möchte mich sehr täuschen, wenn ich nicht in den letzten
Monaten in den Zeitungen gelesen hätte, daß der Abg. Hausmann
oder einer seiner Fraktionsgenossen in einer öffentlichen Versammlung
erklärt haben, die Sozialdemokraten hätten ihre Gedanken von der
deutschen Volkspartei entnommen. Ich bin heute an diese Zeugnisse
erinnert worden, denn seine Ausführungen unterließen sich in
nichts von denen des Herrn Bebel. (Hört! bei den Soz.)
Wir waren ebenso theoretisch und abstrakt wie die Rede des Herrn
Bebel. Aber die Ausführungen des Herrn Bebel sind mir verständ-
licher, weil er von einem ganz anderen Standpunkte aus spricht,
während es nicht gilt, während die jüdische Volkspartei
immer erklärt, sie rede mit der gegebenen Staatsform.
Herr Hausmann erwähnte fast nur konstitutionelle Bedenken.
Nun, ich behaupte, daß ich ein ebenso konstitutioneller Mann bin
wie der Abg. Hausmann, aber wenn man große nationale Fragen
mit solchen kleinen konstitutionellen Bedenken beschmückt, dann
kann man die Bedeutung der Frage überhaupt nicht er-
kennen. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)
Die Reden der Herren Bebel und Hausmann waren mir etwas
unverständlich. Die Opposition hat zur Zeit des Konfliktens
aus Anlaß der Militär-Organisation veröffentlicht, und da haben
Sie ganz Verleihen theoretischen Gründe angeführt wie heute
gegen die Marineverlage. Nun, was sind das für Gründe
gegen eine militärische Verteidigungsmaßnahme, wenn man hat,
andere Regierungen werden auch mit Klüften vorgehen?
Sollten wir uns nicht von diesem Gedanken lösen lassen, so wäre
niemals in Preußen die Armee organisiert worden, dann
hätten wir niemals ein Deutsches Reich gehabt (Zustimmung
rechts, Widerspruch links) und das deutsche Volk würde
nicht die glänzende und großartige Entwicklung, den Ein-
fluß der Industrie und der Kultur erlebt haben, wie heute.
(Widerpruch links.) Wie kann eine Regierung konsti-
tutioneller verfahren als wir bei dieser Verlage. Wir erklären
offen, die Verhältnisse haben sich geändert, wir werden darüber
völlig Auskunft in der Kommission geben. (Zuruf links: Warum
hier nicht?) Wir sehen ein wir müssen eine stärkere Flotte haben, wir
sitten den Reichstag, das Segen wir dadurch zu bestätigen, daß er
der Verlage zustimmt. Die Regierungen sind nur so lange
gebunden, bis zum Majorität des Reichstags ein neues Flotten-
gesetz beschließt wird. Welche gegenwärtige Stellung ist also
dennoch paritätisch und vollkommen konstitutionell. Können
Sie nicht eine Regierung, die das Gesetz der Ver-
antwortlichkeit für die Sicherheit des Landes trägt, annehmen,
daß sie lautet, wenn sie zur Veranschlagung kommt, daß die Flotte
nicht mehr den militärischen Anforderungen genügt? Nein, eine Re-
gierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie nicht den Mann
hätte, mit einer neuen Forderung hervortreten. Wenn
Sie in dieser mechanischen Weise an Ihrem Schicksal fest-
halten, so wird Vermissen kommen. Wir müssen den Verhält-
nissen Rechnung tragen. Daran, daß wir vor zwei Jahren
eine andere Meinung hatten, können Sie sich nicht brümen.
Herr Bebel meint, in England und Frankreich ist der Handel trotz
der größeren Flotte zurückgegangen. Wir haben doch nie behauptet,
daß durch die Flotte unser Handel gehoben werden soll, sondern
nur, daß wir eine große Flotte brauchen, weil unser Handel so groß ist.
Herr Bebel hat auch einzelne Fälle von Arbeiterentlassungen an-
geführt, er hat den Fall von Löwe u. Co. erwähnt. Ich konnte
daran nicht, ich habe ihn nie in meinem Leben gesehen, aber ich
glaube doch, wir müssen an den Grund denken: Gines Manns
Rede ist seines Mannes Rede, man soll sie hören alle Rede. (Sehr
wahr!) Leider gibt ja die Gegenüberstellung Situations
hauabarte, die gegen letzter Angriff, die hier unabweisbar
erfolgen, zu werden. (Zustimmung rechts.) Herr Bebel hat
von all den höchsten Kulturfragen gesprochen, die wir erfüllen können,
wenn wir nicht selbst Verbrechen ausüben hätten. Aber so lange
die Dinge noch so hart im Rahmen stehen, muß man doch den
thatfälligen Verhältnissen Rechnung tragen.

In Bezug auf die letzten Bemerkungen des Abg. Bebel über
die Monarchie kann ich nur sagen, und ich glaube, die großen
Meinlichkeiten des Hauses sind mir darin übereinstimmend: Sie
können Gott danken, daß wir noch in einer starken Monarchie leben
und daß die Tendenzen, die Herr Bebel im Auge hat, noch nicht
gebend sind, uns geworden sind. Fern wenn diese Tendenzen
gebend wären, dann würden mit dem Staat auch all die höchsten
Kulturaufgaben zusammenfallen, die Herr Bebel wünscht. (Lebhaftes
Zustimmung rechts.)

Abg. Richter (cont.) erklärt, daß in seinem Wahlkreise eine
Stimmung gegen die Flotte herrsche. Bedauerlich sei es, daß Herr
Hilpert, der gute Gründe angeführt hat, angeklagt ist. Er glaubt
die Gründe seines Kollegen Hilpert nur billigen. Für ihn seien zwei
Punkte maßgebend, die Bedürfnisfrage, die Veranschlagung und die
Verantwortlichkeit des Volkes. Die Verantwortlichkeit müsse er nach
den Erklärungen der Regierung bejahen, er könne sich aber heute
nicht festlegen. Die Veranschlagung umgehe die Verlage; auf keinen
Fall dürfe der Mittelstand in Stadt und Land von neuen Steuern
betroffen werden. Die Reichen und Aristokraten, die Großindustriellen,
die die Millionen einbringen, müssen auch die Kosten anbringen.
Die Verantwortlichkeit habe der Staatssekretär gegen an Hand der
Gründe der Einkommensteuer geprüft, er habe aber festgestellt,
daß das Einkommen der Industriellen zwar sich vermehrt, daß der
Landwirth aber sich vermindert habe. Er wünsche der Industrie,
daß sie prosperirt, aber das dürfe nicht auf Kosten der Landwirth-
schaft geschehen. Die Industrie werde den Sozialtheil von dieser
Verlage haben. Daß die Sozialdemokratie dagegen sei, bezweifle er
nicht, weil ja die Arbeiter dadurch Beschäftigung erhalten.
Leider geschehe nichts, um die landwirthschaftliche Frage zu lösen.
Es sei ihm nicht leid, der Verlage zustimmen. In seiner
Schlagen zur Zeit zwei Gedanken (Seitenlaut), einer für und einer
gegen die Verlage. Was der deutsche Bauerstand wäre, das ist
an den Boeren, die mit Gut und Blut ihr Vaterland liebten,
Erfolge die Regierung die Wünsche der Landwirtschaft, so werde
es dafür stimmen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Lippig: Der Abg. Hausmann hat es so
gestellt, als ob die verbündeten Regierungen mit dem Gesetz
von 1898 einen festen Pakt geschlossen hätten. Er hat
zur Begründung dieser Behauptung auch einen Pakt
zur Begründung verlesen. Aber dieser war aus
Zusammenhang gerissen. Ein Pakt, ein Bündnis der verbündeten
Regierungen liegt nicht vor. So führe hierfür eine Autorität an,
die sicher auch der Abg. Hausmann als solche anerkennt, nämlich
den Abg. Richter. Dieser hat ausdrücklich am 7. Dezember
gesagt: „Am Standpunkt der Regierungen ändert sich nichts.“
So ist es auch!

Abg. Frhr. von Hohenberg (Welfe): Der Abg. Bebel hat
heute nicht so sehr als Sozialdemokrat, wie als
Deutscher und Friedensfreund gesprochen. Die Art
Agitation für die Flottenverlage hat uns darüber belehrt,
daß es mit dem stillen Standard großer Kreise